

BESCHLUSSVORLAGE

			Vorlage-Nr.: B 19/0747
2 - Dezernat II			Datum: 05.12.2019
Bearb.:	Major, Julia	Tel.:-910	öffentlich
Az.:			

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit
Sozialausschuss	19.12.2019	Entscheidung

Psychosoziale Betreuung in den Unterkünften

Beschlussvorschlag

Der Sozialausschuss beschließt die psychosoziale Betreuung der Geflüchteten in den Unterkünften um bis zu zwei Stellen befristet für zwei Jahre zu ergänzen. Der Sozialausschuss stellt hierfür Mittel i.H.v. 120.000,- € p.a. zur Verfügung. Die Verwaltung wird gebeten, für die Wahrnehmung der Aufgaben einen geeigneten Träger zu suchen und einen Vertrag für die nächsten zwei Jahre abzuschließen.

Sachverhalt

Der Sozialausschuss hat in der Sitzung am 15.11.2018 einstimmig der Neukonzeptionierung der Betreuung der Geflüchteten zugestimmt (siehe B 18/0509)

Inhalt der Neukonzeptionierung war die Trennung der Einzelfall**beratung**, welche außerhalb der Unterkünfte in der Zentralen Anlaufstelle INTERPUNKT stattfinden soll, und der **Betreuung** in den Unterkünften, deren Fokus auf der Gestaltung des Zusammenlebens in den Gemeinschaftsunterkünften und der Partizipation der Bewohner/innen liegen soll.

Hierfür wurden in 2018 folgende Stellen / Finanzmittel mit den Trägern der Betreuung abgestimmt:

Träger	Betrag	Einrichtungen	Vollzeitstellen
Diakonie	90.000 EUR	Buchenweg	1,5
	90.000 EUR	Fadens Tannen	1,5
Arbeiterwohlfahrt	90.000 EUR	Lawaetzstraße	1,5
	60.000 EUR	Zentrale Anlaufstelle	1
Caritas	90.000 EUR	Oadby & Wigston-Straße Süd	1,5
	60.000 EUR	Zentrale Anlaufstelle	1

Die für Frühjahr 2019 geplante Umstellung auf diese veränderte Aufgabenwahrnehmung hat sich leider verzögert, da sich zunächst kein geeignetes Objekt für die Zentrale Anlaufstelle in Norderstedt-Mitte gefunden hat. Inzwischen konnte eine Ladenfläche in der Rathausallee 72 (ehem. Bankfiliale) angemietet werden. Die Zentrale Anlaufstelle hat den Betrieb Anfang November 2019 aufnehmen können.

Sachbearbeiter/in	Fachbereichsleiter/in	Amtsleiter/in	mitzeichnendes Amt (bei über-/ außerplanm. Ausgaben: Amt 11)	Stadtrat/Stadträtin	Oberbürgermeisterin

In weiteren Gesprächen mit den Trägern der Betreuung hat sich herausgestellt, dass insbesondere durch die steigende Anzahl von Bewohner/innen mit psychischen Erkrankungen ein erhöhter Personaleinsatz erforderlich ist. Durch die in der Folge auftretenden Konflikte in den Unterkünften sind die aktuell vorhandenen sozialpädagogischen Betreuungsstellen nicht auskömmlich. Zusammen mit den Verantwortlichen von AWO, Diakonie und Caritas wurde aus dieser Situation heraus die Idee entwickelt, dass für diesen speziellen Personenkreis – Menschen mit erheblichen psychischen Problemen – die Betreuung dadurch zu verstärken und zu verbessern, dass Betreuungspersonal mit entsprechend besonderen Qualifikationen und Erfahrungen (z.B. psychiatrische Fachpflegekräfte oder pädagogisches Personal mit Zusatzqualifikationen im psychiatrischen Bereich) als Unterstützung für die bestehende Betreuung eingestellt wird. Die Anstellung soll idealerweise bei einem Träger erfolgen, der über Erfahrung mit sozialpsychiatrischen Angeboten verfügt. Die Aufgabe soll dann bei Bedarf in allen städtischen Unterkünften wahrgenommen werden. Ziel ist es, dass die Menschen mit psychischen Erkrankungen hierdurch zielgerichteter angesprochen werden können, und in der Folge auch die Anbindung an die bestehenden psychiatrischen Versorgungsangebote erfolgen kann.

Die voraussichtlichen Mehrkosten i.H.v. 120.000,- € p.a. stehen zunächst im Budget des Amtes 50 zur Verfügung.